

Gewerkschaftliche Monatshefte

Herausgegeben vom Bundesvorstand des Deutschen Gewerkschaftsbundes

DREIZEHNTES JAHR
JUNI 1962

6

WALTER HESSELBACH

Löhne und Preise in einer wachsenden Wirtschaft

Die fixe Idee

Es gab in den letzten Jahren kaum ein größeres wirtschaftspolitisches Ereignis, das nicht „Argumente“ gegen Lohn-, Gehalts- und Rentenerhöhungen geliefert hätte. Nach der Währungsreform bezog man sich auf die Probleme des Wiederaufbaus, der Arbeitslosigkeit, der Eingliederung der Flüchtlinge und der Exportförderung zum Ausgleich der bis zum Koreakrieg passiven Zahlungsbilanz, und als sich dann mit zunehmender Vollbeschäftigung und mit wachsenden Zahlungsbilanzüberschüssen die Verhältnisse änderten, wurden neue Thesen entwickelt, die beweisen sollten, daß Lohn- und Gehaltserhöhungen gesamtwirtschaftlich schädlich seien. Man erfand den Begriff der Lohn-Preis-Spirale. Daß die Preisauftriebstendenzen dieser Jahre vor allem aus den immer höher steigenden Zahlungsbilanzüberschüssen stammten, wurde zwar von der Wirtschaftswissenschaft erwähnt, in der Lohndiskussion jedoch kaum akzeptiert. Statt dessen sagte man, die Lohnerhöhungen dürften den Produktivitätsfortschritt nicht übertreffen; man erklärte die Lohnquote für sakrosankt.

Heute, nachdem die Zahlungsbilanzüberschüsse durch die Währungsaufwertung und eine Konjunkturabschwächung zurückgegangen sind, behauptet der *Bundeswirtschaftsminister*, weitere Lohnerhöhungen gefährdeten die Konjunktur, die Investitionen und den Export. In einer Aufsehen erregenden Fernsehansprache behauptete er, sie überforderten die Leistungsfähigkeit der Volkswirtschaft und führten „unausweichlich zu einer fortdauernden Schwächung unserer Leistungs- und Wettbewerbskraft, zu einer Minderung der volkswirtschaftlichen Aktivität, zu einer anhaltenden Schmälerung der Erträge, zu einer rückläufigen Investitionsneigung und -fähigkeit, zur Gefährdung eines ausreichenden Steueraufkommens und am Ende zur Zerstörung der Vollbeschäftigung und zur Gefährdung der Arbeitsplätze“.

Es ist fast zur fixen Vorstellung geworden, daß grundsätzlich niedrige Löhne positive und hohe Löhne negative wirtschaftliche Folgen hätten. Dabei ist leicht zu beweisen, in wie hohem Maße die steigenden Masseneinkommen die Konjunktur bisher getragen

und gefördert haben, während es jeder Begründung entbehrt, zu behaupten, die Lohn-erhöhungen hätten die Investitionsneigung und den Geldwert gefährdet. Um nicht falsch, verstanden zu werden, sei darauf hingewiesen, daß natürlich auch wirtschaftlich unerwünschte Folgen von den Löhnen ausgehen können. Eine solche Situation hat es aber in der Bundesrepublik weder bisher gegeben noch ist sie zur Zeit erkennbar, abgesehen davon, daß ganz allgemein die größeren Gefahren meist bei den unterentwickelten Löhnen liegen.

Konzeptionslose Wirtschaftspolitik

Die pessimistische Prognose des Bundeswirtschaftsministers entspringt weitgehend dem Unvermögen, eine klare Wirtschaftspolitik zu konzipieren und durchzusetzen. Der Verzicht auf die Möglichkeiten, mit Hilfe einer gut ausgebauten volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung das Wirtschaftsgeschehen aufzuhellen und zu beeinflussen, ist symptomatisch. Man begnügt sich mit einem System dauernder Aushilfen und benutzt viel zu häufig das dadurch immer mehr abstumpfende Instrument der „moral suasion“. Auch sind in der marktwirtschaftlichen Ordnung moralische Appelle, sich nicht marktgerecht zu verhalten, systemwidrig und bewirken oft das Gegenteil dessen, was beabsichtigt war. öffentliche Hinweise sind nur dann sinnvoll, wenn sie Maßnahmen der Wirtschaftspolitik unterstützen. In allen westlichen Demokratien — von den USA bis zur Schweiz — hat man dies seit langem erkannt. Nur in der Bundesrepublik hat die Wiederaufbaukonjunktur nach dem Krieg in Verbindung mit der ständigen Vermehrung der Arbeitskräfte durch die Flüchtlinge und einigen von außen wirkenden Ereignissen, wie u. a. den Koreakrieg, den Blick hierfür offensichtlich getrübt. Um die eigenen Versäumnisse zu verdecken, sucht man „Schuldige“, denen man den „Schwarzen Peter“ zuschieben kann.

Zahlungsbilanzüberschüsse, DM-Aufwertung und das Dilemma der Bundesbank

Zu den wenigen strukturpolitischen Maßnahmen der Jahre nach der Währungsreform gehörte die Aufwertung der Deutschen Mark. Auch diese erfolgte zu einem falschen Zeitpunkt und ohne den notwendigen Strauß ergänzender Maßnahmen, die zur Erreichung des beabsichtigten Zweckes erforderlich gewesen wären. Die Aufwertung war seit Jahren überfällig. Zehn Jahre lang wies die Bundesrepublik hohe Zahlungsbilanzüberschüsse auf, so daß die Währungsreserven der Deutschen Bundesbank sich weit über das erforderliche Maß hinaus erhöhten. Ihr Goldbestand und ihre uneingeschränkt verwendbaren Auslandsforderungen stiegen von 2,97 Md. DM 1952 auf 28,51 Md. D-Mark am Aufwertungsstichtag 1961. Sie bildeten neben der Investitionsfinanzierung über den Geldmarkt die entscheidende Quelle der laufenden Preissteigerungen dieser Jahre.

Seit Jahren forderten namhafte Persönlichkeiten eine Aufwertung der Deutschen Mark, da erkennbar war, daß die anhaltend hohen Zahlungsbilanzüberschüsse strukturell bedingt waren. Eine Aufwertung der D-Mark sollte das Ungleichgewicht der Zahlungsbilanz gegenüber ausländischen Währungen verringern und das innere Preisniveau und damit die Kaufkraft der D-Mark stabilisieren. Der richtige Zeitpunkt für diese Maßnahme wurde versäumt. Die Bundesregierung hat die Verspätung mit dem Hinweis entschuldigt, sie habe schon im Herbst aufwerten wollen, damals aber eine Konjunkturabschwächung befürchtet. Diese Entschuldigung wirkte nachträglich grotesk, da später, als dann doch aufgewertet wurde, die Hochkonjunktur tatsächlich bereits abzuflachen begann.

Die Inaktivität der Bundesregierung zwang die Bundesbank, mit ihren Mitteln zu versuchen, die Preisauftriebstendenzen zu neutralisieren, obwohl eine am inneren Preis-

niveau orientierte Geldpolitik zu ihren anderen Zielen in Widerspruch stand. In diesen Jahren zählte zu ihren wichtigsten Aufgaben, die Deutsche Mark frei konvertibel zu machen, um die Bundesrepublik auch von der monetären Seite her fest in das Wirtschaftsgeschehen der westlichen Welt einzugliedern. Die freie Konvertibilität der D-Mark und die Verpflichtung der Bundesbank, alles Gold und alle ausländischen Devisen, die ihr angeboten werden, anzukaufen, bewirkten, daß sie völlig passiv und automatisch in Höhe des über die Zahlungsbilanzüberschüsse hereinströmenden ausländischen Geldes Inlandsgeld (DM) neu schöpfen mußte. Hierdurch kam sie in eine Situation, die nicht berücksichtigt war, als man ihre Instrumente schuf. In einer entwickelten Geldwirtschaft entsteht das umlaufende Geld dadurch, daß sich die Unternehmer bei den Banken und die Banken bei der Notenbank verschulden. Einem Aufschwung geht dann eine entsprechende Kreditverflechtung parallel, so daß die kredit- und geldschöpfende Stelle eine weitere Kreditaufnahme jederzeit durch Zinserhöhungen abschrecken oder gar alle Kreditgesuche einfach ablehnen kann. Der automatische Rückstrom der Kredite gibt ihr außerdem die Möglichkeit, den Geldumlauf auch absolut zu verringern.

Strömt nun wie in diesen Jahren ausländisches Geld in hohen Beträgen ins Inland ein, so werden die Möglichkeiten der Notenbank, die umlaufende Geldmenge zu beeinflussen, sehr eng. Eine rigorose, den Zustrom kompensierende Einengung der Inlandsgeldmenge mit Hilfe hoher Diskont- und Mindestreservesätze erreicht nicht das angestrebte Ziel, da hohe Zinsen noch mehr Auslandsgeld anlocken und sich die Unternehmen dann statt im Inland im Ausland finanzieren.

Als die Bundesbank im November 1960 das Steuer umlegte, um ihre Kreditpolitik ohne Rücksicht auf die Hochkonjunktur wieder auf die Notwendigkeiten der Zahlungsbilanz auszurichten, trat es offen zutage, daß ihre Instrumente nicht ausreichten, um das strukturelle Außenhandelsungleichgewicht zu neutralisieren. Die falsche Thesaurierungspolitik ließ im Ausland ein unrichtiges Bild des Reichtums der Bundesrepublik entstehen und löste hohe Unterstützungswünsche aus, die nun nach der Aufwertung die Zahlungsbilanz erheblich belasten.

Löhne und Aufwertung

In Verbindung mit einer Aufwertung kann neben anderen kredit- und wirtschaftspolitischen Maßnahmen je nach der Lage eine Steigerung der Masseneinkommen durchaus sinnvoll sein. Eine Aufwertung tendiert zur Verringerung der Ausfuhr und zur Erhöhung der Einfuhr und führt — *ceteris paribus* — zur Minderung der gesamtwirtschaftlichen Liquidität. Das größere Güterangebot auf dem Inlandsmarkt erfordert eine entsprechende kaufkräftige Nachfrage. Da bei vorhandener Unnachgiebigkeit der Preise die Herstellung eines Ausgleichs über Preissenkungen nicht zu erwarten ist, ist eine Erhöhung der Masseneinkommen insoweit erforderlich, wie nicht eine Übernachfrage bestand. Aus der Tatsache einer Aufwertung die grundsätzliche Forderung nach Lohnstillstand abzuleiten, ist also volkswirtschaftlich nicht vertretbar.

Löhne und Produktivitätsfortschritt

Es wurde bei wirtschaftspolitischen Debatten inzwischen zu einem Axiom, Lohnerhöhungen dürften nicht über den Produktivitätsfortschritt hinaussteigen, da sich sonst die Kaufkraft des Geldes entwertet. Seit die Möglichkeiten, über Zollsenkungen einen Druck auf das Preisniveau auszuüben, infolge des Ausgleichs der Zahlungsbilanz geringer geworden sind, wird die These nun in noch stärkerem Maße strapaziert. Professor *Erhard* bereicherte sie sogar um die Variante, daß dann die deutsche Industrie mit der ausländischen nicht mehr konkurrieren könne.

Selbstverständlich sind Geldentwertung und Preissteigerungen eine mögliche Folge, wenn bei anhaltender Vollbeschäftigung die Löhne laufend schneller als die Produktivität steigen, weil dann die schwindende Selbstfinanzierung durch Kreditschöpfung ersetzt werden muß¹⁾. Diese Folge muß aber nicht eintreten. Der Fehler in der wirtschaftswissenschaftlichen Diskussion über die Frage Produktivitätsfortschritt und Lohnerhöhungen liegt in der geflissentlichen Verwechslung einer Identitätsgleichung mit einer Kausalbeziehung, und bei der Kausalbeziehung wird stillschweigend der Produktivitätsfortschritt als exogenes Datum dargestellt. Man denkt dabei meist ausschließlich an den technischen Fortschritt, der auf dem Einfallsreichtum der Erfinder beruhe und infolgedessen metaökonomischer Natur sei. Nur selten klingt in wirtschaftspolitischen Diskussionen an, daß bei steigenden Löhnen die Arbeitskraft zu produktiveren Arbeitsplätzen abwandert und daß infolge nachlassender Beschäftigung Überkapazitäten entstehen und dadurch die Produktivität sinkt. Hieraus erklärt sich, daß in Zeiten sehr gemäßigter Expansion die Preise stärker steigen als in den Zeiten eines beschleunigten Wachstums. Man übersieht die Zusammenhänge zwischen Expansionstempo und Produktivitätsfortschritt. Man verkennt, daß oft auch Lohnerhöhungen helfen können, die Produktivität zu steigern, indem sie zu Investitionen anregen, und daß die Zunahme der Massenkauflkraft den Absatz erhöht und damit die Stückkosten der kapitalintensiven Produktion senkt. Bei der Diskussion um die These vom Gleichschritt zwischen Lohnerhöhungen und Produktivitätsfortschritt muß sich der objektive Betrachter mit Nachdruck dagegen wenden, daß der Produktivitätsfortschritt als Datum hingestellt wird; er ist im Gegenteil eine durchaus beeinflussbare Größe.

Die moderne Nationalökonomie wurde aus den Problemen der Weltwirtschaftskrise heraus entwickelt. Den Fragen, die Vollbeschäftigung und zunehmende Knappheit der Arbeitskräfte mit sich bringen, hat sie bisher noch keine ausreichende Beachtung geschenkt. Bei Unterbeschäftigung kann man die Wirtschaftspolitik im wesentlichen auf nachfrageinduzierende Maßnahmen beschränken und muß nur darauf achten, daß dabei die Zahlungsbilanz ausgeglichen bleibt; die Struktur der Wirtschaft braucht grundsätzlich nicht angetastet zu werden. Anders ist die Lage bei vollbeschäftigter und rasch wachsender Wirtschaft. Hier einfach den Spieß umzudrehen und die Wirtschaftspolitik ausschließlich auf nachfragesenkende Maßnahmen zu konzentrieren, ist einfallslos und volkswirtschaftlich falsch; gezielte wirtschaftspolitische Maßnahmen zur Steigerung der Produktivität und zur Sicherung des stetigen wirtschaftlichen Wachstums sind möglich und erforderlich.

Produktivitätsförderung, eine zentrale Aufgabe der Wirtschaftspolitik

Wenn die Vollbeschäftigung erreicht ist und die Löhne infolge der Arbeitskräfteknappheit schnell zu steigen beginnen, dann müssen zunächst die Grenzbetriebe und die Wirtschaftsbereiche, die zu diesen Löhnen nicht mehr produzieren können, auf andere Produktion umgestellt oder, wenn das nicht möglich ist, stillgelegt werden. Diese Folge ist zwar in den vergangenen Jahren schon in gewissem Umfang von sich aus eingetreten hätte aber weit schneller bewußt vorgenommen werden müssen. M. a. W., der Wirtschaftspolitiker muß wie ein Forstmann handeln, der auch nicht das Wachstum der Bäume zu bremsen versucht, wenn die vorhandene Fläche zugewachsen ist, sondern dann den Bestand durchforstet. Nur im Urwald herrscht das *laissez faire*. Man muß alle den Umstellungs- und Ausleseprozeß hemmenden Faktoren rechtzeitig abbauen, wo zu ein großer Teil der Subventionen und gewisse Praktiken der Steuerpolitik gehören.

1) Bei einer offenen Inflation kommen die Preissteigerungen aus dem über die Notenpresse finanzierten Haushaltsdefizit, bei einer „importierten“ Inflation von dem herbeiströmenden Auslandsgeld, das in hohen Zahlungsbilanzüberschüssen sichtbar wird, und bei einer nachfrage- oder kosteninduzierten Geldentwertung stellt die Geld- und Kreditschöpfung des Banksystems die Quelle der Preissteigerungen dar. Sind die Währung kovertibel und der Außenhandelsanteil hoch, dann versagen auch die Instrumente der Notenbank, sie einzudämmen.

Werden Produktionsumstellungen oder auch Stilllegungen rechtzeitig in Angriff genommen, dann können vor allem die meisten Härten für Arbeitnehmer und Unternehmer vermieden werden. Wenn Löhne marktkonform schneller als die Produktivität steigen, ist dies in aller Regel ein Beweis dafür, daß die strukturellen Veränderungen in der Wirtschaft zur Produktion mit der höheren Produktivität hin zu langsam vor sich gehen. Dabei ist die Forcierung der volkswirtschaftlichen Rationalisierung keine mittelstandsfeindliche Politik. Die heutige Mittelstandsförderung besteht meistens aus Maßnahmen, die noch aus Zeiten der Arbeitslosigkeit stammen, wo sie oft ihre Berechtigung hatten. Sie müssen nun der Vollbeschäftigung angepaßt und in zahlreichen Fällen durch andere produktivitätsfördernde ersetzt werden.

Neben der volkswirtschaftlichen „Durchforstung“ wäre es in Zeiten der Vollbeschäftigung Aufgabe der Wirtschaftspolitik, den technischen Fortschritt mit allen Mitteln zu fördern. Die sehr verdienstvollen Arbeiten des Rationalisierungs-Kuratoriums der Deutschen Wirtschaft reichen nicht im entferntesten mehr aus. Es scheint völlig in Vergessenheit geraten zu sein, daß die öffentliche Hand schon immer die Aufgabe hatte, technische Neuerungen anzuregen und durchzusetzen. Eine ganze Wirtschaftsepoche, der Merkantilismus, wurde hiervon geprägt, und die Entwicklungsländer liefern hierfür täglich z. T. sehr positive Beispiele. Staatliche Maßnahmen förderten bei uns u. a. den Eisenbahnbau, die Nachrichtentechnik, das Flugwesen, die Erzeugung von Kunststoffen und die Atomindustrie. Daß dies oft nur aus militärischen Gründen geschah, ändert nichts an der Tatsache als solcher.

Moderne freiheitliche und demokratische Staaten sollten zum Zwecke der Erhöhung des Lebensstandards ihrer Bürger produktivitätssteigernde Maßnahmen einleiten, zumal sie in einem Wettlauf mit dem Ostblock stehen, der nicht nur durch die Waffentechnik, sondern auch durch die Höhe der Lebenshaltung entschieden wird. Daß z. B. die Baupreise in der Bundesrepublik in den letzten Jahren so stark gestiegen sind, rührt auch daher, daß die Regierung — anders als in Schweden und Frankreich — es unterlassen hat, neue Bauverfahren zu unterstützen oder zu entwickeln und sie in der Bundesrepublik einzuführen. Die vorwiegend klein- und mittelbetriebliche Struktur des Baugewerbes gestattete die erforderlichen Investitionen nicht. Dasselbe trifft auf die Entwicklung, die Produktion und die Durchsetzung von Fertighäusern zu. In Frankreich kamen die Baukostensteigerungen weitgehend dadurch zum Stillstand, daß das Bauen mit vorfabrizierten Fertigteilen mit erheblichen öffentlichen Mitteln gefördert wurde.

In einer sozialen Marktwirtschaft kann es nicht Aufgabe des Staates sein, die Löhne an einen Produktivitätszustand zu binden; er hat vielmehr dafür zu sorgen, daß die Produktivität entsprechend den marktkonformen Lohnsteigerungen mitwächst. Die „linker“ Gedanken sicherlich unverdächtige Wochenschrift *Volkswirt* schreibt, eine Politik, die das Preisniveau stabilisieren wolle, könne sich nicht in Lohnstop-Versuchen erschöpfen, die ohnehin wenig Aussicht auf Erfolg hätten. „Sie hat sich vielmehr in erster Linie auf eine intensive Förderung des Produktivitätsfortschritts zu konzentrieren.“ Der Kommentar zum jüngsten OECD-Bericht über Großbritannien gelte auch für uns: „Only expansion can stop inflation.“ Es gäbe keine politisch praktikable Alternative zur Wachstumspolitik.

Gewinne und Investitionsneigung

Das Nachlassen der Gewinne im Jahre 1961 wird von den Unternehmern sehr dramatisiert. Das ist in einer pluralistischen Gesellschaft ihr gutes Recht. Ein etwas distanzierter Betrachter erkennt allerdings, daß die Gewinne des Jahres 1960, mit denen die Gewinne des Jahres 1961 immer verglichen werden, ausgesprochene Rekordziffern darstellten, und daß die Gewinne im Jahre 1961 immer noch über denen des Jahres 1959

lagen. Auch ergibt sich der Rückgang der Gewinne 1961 nur aus einer sehr globalen Rechnung, aus der Addition sehr unterschiedlicher Salden. In den Wachstumsindustrien, auf die es in der heutigen Lage in erster Linie ankommt, waren die Gewinne nach den Jahresabschlüssen ihrer großen Unternehmen weiterhin hoch.

Sehr voreilig scheint die theoretische These, daß das Nachlassen der Investitionsbereitschaft die Folge eines Rückganges der Gewinne sei. Es ist viel naheliegender, anzunehmen, daß die Gewinne infolge des Nachlassens der Investitionen zurückgegangen sind. Dies dürfte wenigstens nicht unerheblich mitgespielt haben. Die Wissenschaft weiß zwar nicht genau, was die Gründe für ein Ansteigen oder Nachlassen der Investitionen sind; sie ist aber ziemlich einhellig der Meinung, daß die Investitionsneigung der Unternehmer nicht in erster Linie von den erzielten und erwarteten Gewinnen, wie man lehrbuchmäßig anzunehmen versucht ist, sondern viel eher von den Umsatzerwartungen und vom Willen bestimmt werden, den einmal gewonnenen Marktanteil zu halten und — wenn möglich — zu erweitern. Sicher wirken auch außerökonomische Faktoren und weitgehend irrationale Impulse stark mit. Ein Rückgang der Gewinne kann je nach Vorherrschen optimistischer oder pessimistischer Stimmungen und anderer sozialpsychologischer Phänomene die Unternehmertätigkeit anregen oder lähmen. Beide alternativen Folgen sind gleich gut denkbar und beide in zahllosen Beispielen nachweisbar. Im übrigen kann auch die Steuerpolitik fördernde oder hemmende Wirkungen ausüben.

Hohe Löhne, niedriger Export?

Die seit der Aufwertung zunehmend strapazierte Behauptung, Lohnerhöhungen gefährdeten die Konkurrenzfähigkeit gegenüber dem Ausland, macht sich Prof. Erhard kritikalos zu eigen. Dabei ist sie von all den hier behandelten Thesen am leichtesten zu widerlegen.

Die USA, das Land mit den höchsten Löhnen der Welt, weist eine aktive Handelsbilanz auf. Ein Blick auf die Schweiz, Schweden und andere Länder zeigt, daß es einfach falsch ist, zu behaupten, hohe Löhne führten zu einer passiven Handelsbilanz. Entscheidend ist vielmehr der Stand der industriellen Entwicklung und das Verhältnis zu den Exportmöglichkeiten.

Eine Förderung der Ausfuhr muß in erster Linie strukturpolitische Maßnahmen zum Inhalt haben. Auch muß die Wirtschaft von Steuerbelastungen befreit werden, welche die Wettbewerbsgleichheit stören. Ein Lohndumping würde geradezu verhindern, daß die industrielle Entwicklung den Zustand der internationalen Wettbewerbsfähigkeit erreicht. Der Pessimismus des Bundeswirtschaftsministers verdeckt auch hier nur sein Unvermögen, die notwendigen strukturpolitischen Maßnahmen durchzuführen.

Wachstumspolitik als Aufgabe

Die Stabilisierung der Zahlungsbilanz und die Vollbeschäftigung stellen die wirtschaftspolitischen Instanzen vor neue Aufgaben. Bis dahin konnte man „nur“ vieles versäumen, aber nichts Schwerwiegendes eigentlich gründlich falsch machen. Das Wachstum in fast allen Bereichen glich sehr rasch Fehldispositionen wieder aus. Nun aber müssen auch unpopuläre Entscheidungen getroffen werden, die nicht überall Begeisterung wecken werden. In Brüssel hat man sich Anfang des Jahres noch einmal darum herumgedrückt, der Landwirtschaft hinsichtlich ihrer Aussichten in der EWG reinen Wein einzuschenken. Die europäische und die fortschreitende allgemeine internationale Integration werden sehr bald auch von einigen gewerblichen Bereichen Opfer fordern.

Volkswirtschaftlich kommt es nun darauf an, zielbewußt Wachstumspolitik zu treiben und zu diesem Zweck alle Instrumente der Wirtschafts-, Kredit- und Steuerpolitik

zu koordinieren. Die wirtschaftliche Entwicklung ist kein Schicksal, das man hinnehmen muß. In einer wachsenden Wirtschaft müssen auch die Masseneinkommen steigen, damit die steigende Erzeugung im Konsumbereich auf kaufkräftige Nachfrage stößt; das ist keine Frage der Moral, sondern der ökonomischen Notwendigkeit. In einer wachsenden Wirtschaft wird auch die für die Investitionen erforderliche Kapitalbildung mit geeigneten Maßnahmen erreichbar sein. In einer wachsenden Wirtschaft nimmt auch das Steueraufkommen zu, so daß es auch möglich sein wird, Steuersenkungen trotz Ausgabenerhöhungen vorzunehmen. Die westdeutsche Wirtschaft verfügt über eine Menge stabilisierender Faktoren; Krisenzeichen sind nicht erkennbar. Das wirtschaftspolitische Instrumentarium ist reichhaltig; auch „moral suasion“ gehört dazu. Nur eines sollte man auf jeden Fall unterlassen: Pessimismus zu predigen. In der Marktwirtschaft zählen auch die Unternehmererwartungen über den kommenden Wirtschaftsablauf zu den wichtigen Antriebskräften. Man kann sie leicht zerreden, besonders wenn man von oben spricht. Es ist jedoch zu hoffen, daß die Wirtschaft die neue „Seelenmassage“, durch Erfahrung und Einsicht gewitzigt, nicht sonderlich ernst nimmt.